

Antrag

der Fraktion der CDU

EntschlieÙung

zu der GroÙen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung
– Drucksachen 13/276/453/460 –

Duale Berufsausbildung in Rheinland-Pfalz

Die Berufsausbildung im dualen System mit den gleichberechtigten Partnern Betrieb und Schule war in den vergangenen Jahren und gerade auch im internationalen Vergleich der Berufsausbildungssysteme in h6chstem MaÙe erfolgreich. Das duale Ausbildungssystem ist elementarer Bestandteil der freiheitlich organisierten sozialen Marktwirtschaft. Zur Bewältigung der besonderen Zukunftsaufgaben insbesondere vor dem Hintergrund der Probleme am Ausbildungsmarkt ist eine weitere Stärkung des dualen Systems im Sinne einer Weiterentwicklung erforderlich.

Deshalb möge der Landtag beschließen:

I. Resolution

1. Über eine weitere Stärkung und Attraktivitätssteigerung des dualen Systems ist ein Beitrag zur Bereitstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu leisten.
2. Die sogenannte Umlagefinanzierung der Berufsbildung ist kein geeignetes Instrument zur Stärkung des dualen Systems.
3. Der Landtag appelliert an Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung, ihre Zusage vom März 1995, das Ausbildungsplatzangebot um 10 Prozent zu steigern, unbedingt einzuhalten.

II. Forderungen

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Anzahl der vom Land angebotenen Ausbildungsplätze in jenen Berufen, für die auch außerhalb der Landesregierung Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen, deutlich auszuweiten,
2. einen Informationsbeitrag zu leisten bezüglich des auch einzelbetrieblich relevanten Nutzens der betrieblichen Ausbildung für die Unternehmen,

b. w.

3. im Rahmen von Gesprächen und Appellen darauf hinzuwirken, daß in den Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern auch der Gedanke von Kostenentlastungen für Ausbildungsbetriebe hinreichend berücksichtigt wird,
4. darauf hinzuwirken, daß für leistungsschwächere Jugendliche mit bisher geringen Ausbildungschancen kürzere – zweijährige – Ausbildungsgänge mit stärker praktisch ausgerichteten Anforderungsprofilen und Stufenausbildungen eingerichtet werden, wobei die Möglichkeiten zum späteren Erwerb weiterer Zusatzqualifikationen ausdrücklich vorzusehen sind,
5. eine Initiative zu ergreifen, daß sich der Öffentliche Dienst stärker als bisher öffnet für Absolventen beruflicher Ausbildung (Zugänge zu den Laufbahngruppen),
6. in Absprache mit der Wirtschaft bundesländer- und kreisgrenzenübergreifende Vereinbarungen herbeizuführen, um gegebenenfalls auch den Besuch der dem Wohnort der Auszubildenden räumlich näherliegenden Berufsschule im Nachbarland oder im Nachbarkreis zu ermöglichen,
7. unter Beibehaltung der gültigen Stundenrahmen des Berufsschulunterrichts einen Beitrag zu leisten, daß den Jugendlichen nach Möglichkeit eine längere Ausbildungszeit in den Betrieben zur Verfügung steht,
8. sicherzustellen, daß Jugendliche in den Fachstufen dort die Berufsschule besuchen, in der ein berufsspezifisch qualifiziertes pädagogisches Unterrichtsangebot mit entsprechend ausgebildeten Lehrern vorgehalten wird,
9. durch eine bessere Verzahnung von Erst- und Weiterbildung den Aspekt des lebenslangen Lernens auch in der beruflichen Bildung zu stärken,
10. im Unterricht der Berufsschule stärker nach Leistungsfähigkeit der Jugendlichen zu differenzieren,
11. in der beruflichen Ausbildung auf die Bedingungen des zusammenwachsenden Europa gerade in sprachlicher Hinsicht stärker als bisher einzugehen,
12. die Integration moderner Technologien in den Berufsschulunterricht zu beschleunigen,
13. in der Berufsschule neben fachlicher noch stärker auch soziale und humane Handlungskompetenz (z. B. Teamfähigkeit, Menschenführung) zu vermitteln.

Für die Fraktion:
Franz Josef Bischel